

25.01.2013

Ansprache der Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Carola Veit, anlässlich der Ausstellungseröffnung „Deserteure und andere Verfolgte der NS-Militärjustiz: Die Wehrmachtgerichtsbarkeit in Hamburg“

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Baumann!

Sehr geehrter Herr Sérazin!

Sehr geehrter Herr Dr. Garbe!

Ich begrüße Herrn Strengé und die Mitglieder des Konsularischen Korps!

Verehrte Frau Bürgermeisterin!

Verehrte Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Einmal im Jahr begehen wir den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus – so auch am kommenden Sonntag. Rund 68 Jahre sind mittlerweile seit der Befreiung von Auschwitz vergangen, und dennoch ist dieser 27. Januar ein wichtiges Datum der Mahnung geblieben. Vor allem deshalb, weil er uns immer wieder aufs Neue daran erinnert:

Nur wenn wir uns fortwährend mit der NS-Geschichte – auch unserer Heimatstadt – auseinandersetzen, wir uns immer wieder ins Gedächtnis rufen, zu welchen Grausamkeiten Menschen fähig sind, können wir Sorge dafür tragen, unsere Zukunft dauerhaft und friedlich zu gestalten.

Für unsere Freie und Hansestadt Hamburg ist es von großer Bedeutung, eine Kultur der Erinnerung zu pflegen, die nicht nur am 27. Januar ihre Spuren hinterlässt, sondern über das ganze Jahr verteilt wahrgenommen wird.

Am vergangenen Dienstag haben deshalb Bürgerschaft und Senat gemeinsam mit weiteren Partnern das Internet-Projekt „Hamburg erinnert sich 2013“ ins Leben gerufen. Es lenkt die Aufmerksamkeit auf Veranstaltungen, die sich in diesem Jahr in Hamburg mit den historischen Ereignissen von 1933 bis 1945 beschäftigen.

Darunter vor allem:

- vor 80 Jahren die Machtergreifung der Nationalsozialisten und die Gleichschaltung der Hamburgischen Bürgerschaft;
- vor 75 Jahren die Reichspogromnacht;
- und vor 70 Jahren die Bombenangriffe der „Operation Gomorrha“, denen Zehntausende Hamburgerinnen und Hamburger zum Opfer fielen.

Schon jetzt ist eine Vielzahl beeindruckender Veranstaltungsankündigungen für Projekte, Vorträge und Ausstellungen auf unserer Website versammelt, die vor allem eines zeigen: mit welchem großem Engagement neben der Politik zahlreiche Institutionen und Initiativen das besondere Gedenkjahr 2013 in unserer Heimatstadt mitgestalten werden. Dazu zählen unter anderem die Forschungsstelle für Zeitgeschichte, das Institut für die Geschichte der deutschen Juden, die Landeszentrale für politische Bildung oder die KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

In Hamburg können wir uns darüber hinaus sehr glücklich schätzen, dass unser Gedenken an die NS-Verbrechen schon seit vielen Jahren auf einem Fundament steht, das von Vereinen, Stadtteilarchiven und Geschichtswerkstätten, den Hamburger Museen, aber auch von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern getragen wird.

Dafür gebührt ihnen allen unser großer Dank!

Sie stehen damit ganz in der Tradition, mit dem Schicksal aller Opfer der NS-Diktatur würdevoll umzugehen und ihr Leid in unserem Bewusstsein zu verankern – ein Anliegen, das die Bürgerschaft aus tiefster Überzeugung verfolgt mit Veranstaltungen wie der „Nacht der Jugend“, den am Rathaus verlegten Stolpersteinen für ermordete Abgeordnete oder dem gemeinsam mit dem Senat durchgeführten Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Im vergangenen Jahr fasste die Bürgerschaft außerdem einen einstimmigen Beschluss, in unserer Stadt einen Ort der Erinnerung zu gestalten, der den Opfern der NS-Militärjustiz gerecht wird.

Dieses Thema liegt auch der Ausstellung zugrunde, zu deren Eröffnung ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft sehr herzlich begrüße.

Schon der Titel „Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz“ wirft Licht auf ein Kapitel unserer Stadtgeschichte, das bislang im Dunkeln lag. Als einer der bedeutendsten Standorte der Wehrmacht im Deutschen Reich, ist über die Auswirkungen der Militärgerichtsbarkeit in Hamburg kaum etwas bekannt.

Dabei sind die Zahlen und Fakten mehr als erschreckend: Rund 200 Todesurteile wurden während des Zweiten Weltkrieges vollstreckt – entweder im Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis oder am Standortschießplatz Höltigbaum.

Vor allem Deserteure und Kriegsdienstverweigerer gehörten zu den Opfern. Aus Sorge um ihre Familien oder um das eigene Leben, aus Protest oder religiöser Überzeugung, aus Angst vor Bestrafung oder weil sie einfach kriegsmüde waren, hatten sich Soldaten nicht mehr an diesem menschenvernichtenden Krieg beteiligen wollen.

Auf „Fahnenflucht“ oder „Zersetzung der Wehrkraft“, wie es das Militärstrafgesetzbuch damals formulierte, folgten entweder das Zuchthaus oder gleich die Todesstrafe.

Auch vor Frauen wurde kein Halt gemacht, wie das Schicksal der französischen Widerstandskämpferin Françoise Bloch-Sérazin zeigt. Sie wurde in Paris verhaftet, dort zum Tode verurteilt und in Hamburg hingerichtet.

Wer mit seinem Leben davon kam, durchlebte dafür einen Gefangenenalltag, der von Hunger, Folter oder Zwangsarbeit geprägt war. Mit gravierenden Folgen: Viele dieser Menschen waren ein Leben lang

körperlich schwer angeschlagen und seelisch gebrochen. Zu dieser traumatischen Erfahrung kam nach dem Zweiten Weltkrieg noch eine weitere hinzu: Viele von ihnen bemühten sich vergeblich um Aufmerksamkeit für ihr Schicksal als Opfer der NS-Militärjustiz.

Während andere Opfer nationalsozialistischer Verfolgung immerhin Leistungen für erlittene Schäden erhielten, blieb den Deserteuren diese Anerkennung verwehrt. Es ist geradezu beschämend, dass es mehr als 50 Jahre dauerte, bis der Deutsche Bundestag sich der Schicksale auch dieser Menschen endlich annahm – und die gesetzliche Grundlage schuf, mit der NS-Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege aufgehoben wurden.

Dass die meisten der Opfer diese persönliche Genugtuung nicht mehr miterleben durften, weil sie inzwischen verstorben waren, ist eine weitere Tragik in dieser unrühmlichen Geschichte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Wiedergutmachung ist dem unnachgiebigen Handeln vor allem der Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz zu verdanken. Im Jahre 1990 in Bremen gegründet, haben Sie, verehrter Herr Baumann und viele Ihrer Weggefährten erreichen können, dass der Deutsche Bundestag die meisten Unrechtsurteile deutscher Kriegsgerichte wieder aufhob.

Lieber Herr Baumann,

wir können nur erahnen, wie schwer diese Anstrengungen auch für Sie persönlich gewesen sein müssen – mit ihren fortwährenden Rückschlägen und vielen Enttäuschungen auf dem Weg hin zur Anerkennung. Als Feiglinge und Kriminelle beschimpft, haben Sie und alle Betroffenen viel Leid erfahren. Denn wer als Soldat im Zweiten Weltkrieg vor dem Sterben flüchtete, galt jahrzehntelang als „ehrlos“ und wurde mit Verbrechern gleichgesetzt.

Im Gegenzug mussten Sie mitansehen, wie ehemalige Wehrmachtrichter, die zuvor noch Todesurteile oder Haftstrafen verkündet hatten, in der Bundesrepublik weiterarbeiten durften und Karriere machten – so, als wäre nichts geschehen. Keiner von ihnen wurde je wegen Justizmordes oder Rechtsbeugung bestraft.

Umso dankbarer sind wir dafür, dass Sie, verehrter Herr Baumann heute unserer Einladung ins Hamburger Rathaus gefolgt sind und uns von Ihren persönlichen Erlebnissen noch erzählen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wer mehr über die Schicksale der Deserteure erfahren möchte, dem sei die szenische Lesung „Plötzlicher Herztod durch Erschießen“ empfohlen. Am kommenden Dienstag wird sie um 18 Uhr nebenan im Großen Festsaal ihre Premiere feiern. Eine weitere Möglichkeit, die Lesung zu besuchen, besteht am 1. Februar in der Hauptkirche St. Petri um 19 Uhr. Anhand von Text- und Musikcollagen widmet sich der Künstler Michael Batz in einer sehr ergreifenden Inszenierung unter anderem einer Gruppe von Soldaten, die noch kurz vorm Kriegsende hingerichtet wurden.

Mein heutiger Dank für die Ausstellung richtet sich im Namen unseres Landesparlaments an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme und ganz besonders an die Kuratoren Dr. Detlef Garbe, Dr. Magnus Koch

und Lars Skowronski. Ihnen ist es zu verdanken, dass die Schautafeln in der Diele unseres Rathauses und der Begleitkatalog einen wichtigen Ausgangspunkt bilden, um weiter über die Hamburger Wehrmachtgerichtsbarkeit zu forschen.

Damit unterstützen Sie uns in unserem Bestreben, sich nachhaltig mit der NS-Geschichte unserer Heimatstadt zu beschäftigen und alle Opfer des Nationalsozialismus in unser Gedenken miteinzubeziehen – so, wie es der Gedenktag am kommenden Sonntag uns mahnt:

Wir erinnern an die Menschen, die während der NS-Gewaltherrschaft ausgegrenzt, gedemütigt, beraubt, vertrieben, verfolgt, gefoltert und ermordet wurden. Wir gedenken der Juden, der Sinti und Roma, der Homosexuellen, der Menschen mit Behinderungen, der Kranken, der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Künstler und Wissenschaftler, der aus rassistischen, politischen oder religiösen Motiven Verfolgten.

Wir erinnern auch an diejenigen, die schikaniert, inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden, weil sie Widerstand leisteten oder verfolgten Menschen Schutz und Hilfe gewährten. Wir gedenken der Opfer der NS-Militärjustiz und aller weiteren Opfer des Nationalsozialismus.

Ich danke Ihnen!

Zeitpunkt: 11:00 Uhr

Ort: Rathaus, Kaisersaal